

Asylflut als Waffe gegen die Integrität europäischer Völker

Wehrhaft gegen Asylterror

Roland Wuttke

Die gegenwärtig erneut an-schwellende Asylflut nach Europa ist nichts anderes als eine Waffe der Globalisierer gegen die Integrität der Völker. Entwurzelte Wirtschaftsflichtlinge sollen dort das soziale Gefüge sprengen. Eingeleitet wurde die jüngste Welle durch Papst „Franziskus“, der auf Lampedusa eine Propagandaoffensive startete. Die übliche Medienhetze „pro Asyl“ wurde durch Veranstaltungen linker Einflußorganisationen (Linke, Grüne, Piraten) begleitet, bei denen „Asylbewerber“ offenen Rechtsbruch demonstrierten. Das hatte Erfolg: Die Polizei griff nicht ein, zumal auch Polizeipräsidenten dem kapitalistischen Mediendruck unterliegen, und selbst die CSU knickte ein und erfüllte eine alte Forderung der Asyllobby indem statt Essenspaketen künftig Geldzahlungen geleistet werden. Während echte Flüchtlinge, wie die heimatvertriebenen Deutschen 1945, froh waren um ein Dach über dem Kopf und ein einfaches Essen, handelt es sich bei den heutigen „Asylbewerbern“ überwiegend um aggressive Zivillokkupanten.

Selbst der Leiter des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, prophezeit eine "neue Migrationswelle" nach Deutschland. Hintergrund sind fatale Gerichtsurteile, die von Armutsflüchtlings geradezu als Einladung gesehen werden, in die BRD zu kommen. So hatte das Bundesverfassungsgericht unter dem SPD-Mann Andreas Voßkuhle schon 2012 einen Beschluß verkündet, wonach Asylbewerber grundsätzlich die Leistungen nach „Hartz IV“ beanspruchen können. Eine bezahlte Wohnung (wegen der „Lebensqualität“ natürlich in einer Großstadt) zuzüglich 370 Euro monatlich, das sind Leistungen, die auf Afrikaner, Rumänen und Bulgaren, ja neuerdings selbst auf junge Portugiesen und Spanier einen großen Reiz ausüben. Hinzu kommt

ein Urteil des Landessozialgerichts von Nordrhein-Westfalen. Demnach haben Bürger aus anderen EU-Ländern auch dann Anspruch auf Sozialleistungen, wenn sie hier keinen Arbeitsplatz finden. „Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich die neuen Regeln zur Freizügigkeit herumsprechen würden“, sagte Hans-Werner Sinn der FAZ am 2. Dezember. Am 4. Dezember verkündete der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD), der als Vorsitzender der Innenministerkonferenz zuvor den Antrag für ein NPD-Verbot begründet hatte, die Aufnahme von mindestens 5000 weiteren „Flüchtlings“ aus Syrien. Auch dabei handelt es sich um eine Strategie der Globalisierer, die mit Krieg und Terror afrikanische Länder destabilisieren um die daraus resultierenden Flüchtlingsströme den europäischen Völkern aufzubürden.

Asylkosten

Die immensen Kosten durch die Wirtschaftsflichtlinge werden vom BRD-Regime gerne versteckt und verschleiert. Wir haben jüngst interessante Zahlen zu den Kosten der Hotelunterbringung von Asylanten in der Millionenstadt Köln erhalten. Wie aus einer Anfrage in der Bezirksvertretung Köln-Kalk hervorgeht, kostet die mittlerweile beliebte Variante der Unterbringung demnach dem Steuerzahler:

- 22,12 Euro im Durchschnitt pro Asylant pro Tag

- 672,82 Euro pro Asylant pro Monat

- 8.073,80 Euro pro Asylant pro Jahr

Dies sind nur die Kosten für die Unterbringung. Hinzu kommen folgende Kosten:

- 336 Euro pro Asylant pro Monat

- 4032 Euro pro Asylant pro Jahr

Ein Asylant, der im Hotel untergebracht



ist, kostet also den Kölner Steuerzahler 12.105,80 Euro im Jahr. Hinzu kommen die Kosten für das Asylverfahren, Transportkosten zum Hotel sowie Kosten für die Gesundheitsversorgung. Derzeit sollen in Köln 400 Asylanten in Hotels untergebracht sein. Diese erzeugen Kosten von 8.848 Euro pro Tag, 269.127 Euro pro Monat und 3.229.520 Euro pro Jahr. Zählen wir dazu noch mal die Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dazu, entstehen allein der Stadt Köln für diese 400 Wirtschaftsflichtlinge folgende Kosten: 13.266 Euro pro Tag, 403.556 Euro pro Monat und 4.842.672 Euro pro Jahr.

Die Zahl der Ausländer in BRD-Deutschland ist 2012 so stark gestiegen wie seit 20 Jahren nicht mehr. Ende vergangenen Jahres lebten hierzulande mehr als 7,2 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Laut Statistischem Bundesamt sind das fast 300.000 mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der eingebürgerten Fremden dürfte die gleiche Größenordnung haben. Die Steigerung Zuwanderung setzte sich 2012 aus drei Faktoren zusammen:

1. Es zogen mehr Ausländer zu als fort. Insgesamt betrug der Zuwachs hier 394.900.

2. Es wurden mehr Kinder geboren, als alte Menschen starben. Das Plus liegt bei 2800.

3. 114.900 Menschen wurden eingebürgert und fielen damit aus dem Register heraus.

Die vorgenannten Zahlen sind der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ entnommen.

Bürgerwehren

Das BRD-Regime versucht die Ansätze einer Selbstverteidigung souveräner Deutscher im Keime zu ersticken. Dennoch ist eine erfreuliche Tendenz in Richtung Selbstorganisation gegen Überfremdung und Ausländerkriminalität zu beobachten. Einwohner von Grenzgemeinden wollen Bürgerwehren gegen Diebesbanden einrichten.

In Ost-Vorpommern, Brandenburg und in der Oberlausitz haben derartige Vorschläge zu einer hitzigen Debatte – meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit – geführt. Informationen über Einbrüche und Diebstähle entlang der Grenze werden offenbar nicht weitergereicht. Deshalb wollen Bürger ein eigenes Informationssystem bilden, um unabhängig von Behörden belastbares Zahlenmaterial über die Kriminalität im grenznahen Raum zu erhalten. „Wenn die Bundespolizei über keine Statistik zur Grenzkriminalität verfügt, dann muß eine geschaffen werden“, sagte ein Amtsausschußmitglied in Polzow.

Wenn es um Eigeninitiativen geht, um die Sicherheit an der Grenze zu verbessern, dann hat eine Aktion bereits ein nachhaltiges Signal gesetzt: Ein Landwirt aus Blankensee fackelte vor einem Jahr nicht lange: Er verrammelte einen Grenzweg mit Feldsteinen, so daß dort keine schwere landwirtschaftliche Technik in Richtung Osten abtransportiert werden kann. Monate später stockte er diesen Wall sogar noch auf. Die Innenminister reagieren auf die Diebesbanden aus dem Osten auf ihre Weise: Polizeidienststellen und die Zahl der Polizeibeamten werden reduzieren. Was kommt noch auf die Bürger zu, in einem Staat, der weder in der Lage noch willens ist seine Bürger zu schützen?

Medienkrieg gegen die Ukraine

Souveränität verteidigen

Schluß mit der antiukrainischen Propaganda und der Einmischung der EU! Eine Erklärung des Deutsch-ukrainischen Zentrums:

„Aus aktuellem Anlass sieht sich das Präsidium des DUZ e.V. dazu gezwungen eine Aussage zur derzeitigen Berichterstattung über die Ukraine und die ausgesetzte Assoziierung zu tätigen.

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass die Ukraine ein freier und souveräner demokratischer Rechtsstaat ist. Jegliche ausländische Einmischung in innerukrainische Angelegenheiten sind abzulehnen. Es spielt dabei keine Rolle, ob diese von Moskau, Washington oder Brüssel kommt. Nur das ukrainische Volk und seine Regierung hat das Recht für sich Entscheidungen zu treffen.

Wir haben erlebt, wie die westlichen Systemmedien nach der Wahl von Präsident Viktor Janukowitsch, enttäuscht darüber, dass nicht Timoschenko gewonnen hatte, mit der antiukrainischen Propaganda begann. Von Wahlmanipulationen usw. wurde phantasiert. Doch nicht in der Ukraine, sondern in der BRD, genauer gesagt bei den eben erst stattgefundenen Bundestagswahlen, kam es laut Berichten der OSZE zu massiven Unregelmäßigkeiten! Wo ist hier der Aufschrei der Medien und der Parteien, die sich sonst überall im Ausland einmischen?

Wir haben erlebt, wie die westlichen Systemmedien die rechtlich einwandfreie Verurteilung Julia Timoschenkos zur erneuten antiukrainischen Propaganda ausnutzte. Machen wir uns doch nichts vor. Timoschenko wurde nicht verurteilt, weil sie Oppositionelle ist. In der BRD ist dies möglich. Denken wir doch nur einmal an den antidemokratischen §130 StGB. Auch hat die EU durch den Lissabon Vertrag die Todesstrafe wiedereingeführt und zwar gegen Oppositionelle: um Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen. Nein, Timoschenko wurde verurteilt, weil sie nachweislich das ukrainische Volk um Millionen bestohlen hat.

Und nun erleben wir erneut, wie die westlichen Systemmedien antiukrainische Propaganda in Umlauf bringen. Und der Grund diesmal? Weil die Ukraine sich seiner Freiheit bewusst ist und sie in Anspruch nimmt. Das ukrainische Parlament beugt sich nicht dem Druck aus Brüssel und den Ländern der EU. Die Ukraine verteidigt ihre Rechtsstaatlichkeit. Wie kann es denn sein, dass die EU, welche angeblich ein Vorbild der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist, politischen Druck auf ein fremdes Land ausübt, damit rechtsstaatlich Verurteilte freigelassen werden? Hier soll in ein ganzes Justizsystem eingegriffen werden. Wo bleiben denn dann da noch Recht und Ordnung?

Sollten tatsächlich noch von Außen gelenkte und bezahlte Massenproteste initiiert werden, so wird der Aufschrei der gelenkten Westmedien groß sein, wenn die Ukraine dieser Fremden Macht entgegentritt. Nur gut, dass es dort hierfür nicht die Gefahr der Todesstrafe gibt.

Die Freiheit und die Souveränität der Ukraine gilt es zu achten und für die Ukrainer, diese zu verteidigen. Warum muss sich die Ukraine zwischen Rußland und der EU entscheiden? Warum kann sie nicht ihren eigenen, ihren ukrainischen Weg gehen, ohne äußere Beeinflussung? Die Freiheitskämpfer der ukrainischen Geschichte haben ihr Blut und ihr Leben für die Freiheit von Volk und Vaterland gegeben. Ehren wir sie, indem wir die Freiheit der Ukraine erhalten.

Leider ist es heute so, wie schon immer in der ukrainischen Geschichte. Fremde Mächte wollen sich ihrer bemächtigen und das ukrainische Volk für sie arbeiten lassen. Wer ist denn so naiv zu glauben, die EU liebte die Ukraine und wolle sie an ihren Gaben teilhaben lassen? Nein, es geht nur um Macht und um die ukrainische Erde. Diese darf per Gesetz nicht an Ausländer verkauft werden. Als EU-Mitglied, müsste die Ukraine dieses Gesetz fallen lassen. Es geht nur um neue Märkte. Die Wirtschaft der EU braucht freien Handel um zu überleben. Es geht